



RICHARD MOSSE / INSTITUTE

FOTO-TABLEAU: INFRA 5/5

Seit Jahren wird Kongo – und insbesondere der Osten des Staats – von immer neuen Wellen blutiger Konflikte überzogen; das laut einer 2011 publizierten Erhebung in dem Land täglich 1152 Frauen vergewaltigt werden, ist sprechendes Zeugnis für eine endemisch gewordene Brutalität. Für viele der immer wieder in die Flucht getriebenen Menschen sind improvisierte Hütten längst zur einzigen Wohnstatt geworden. Richard Mosse hat ein Ensemble solcher Konstruktionen auf Infrarot-Film gebannt.

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Levrats Bären dienst an der SP

Jedem auch nur einigermaßen vernünftig denkenden Sozialdemokraten muss das kalte Grausen kommen, studiert er die Aussagen von Christian Levrat («Das Kartell der Profiteure brechen», NZZ 12. 3. 13) und damit die Postulate zu Einheitskrankenkasse, Erbschaftssteuerinitiative, Salärkorridor 1:12, Parteizukunft, Klassenkampf usw. Das hat nur noch wenig mit einem sozialdemokratisch-gesellschaftlichen Gerechtigkeitsausgleich von oben nach unten zu tun, damit aber umso mehr mit dem in Europa nicht mehr existenten real-utopischen Sozialismusfirtelanz. Folgt die SP diesem Ansatz aufgrund machtpolitischen Doktrin ihres Rattenfängers, so wirft sie sich mittelfristig selbst aus dem Rennen einer ernstzunehmenden politischen Partei in einem der am höchsten entwickelten Länder dieser Erde. Der rechten und glaubwürdigen Sozialdemokratie würde sie damit einen Bären dienst erweisen und sich womöglich für die Erich-Honecker-Gedächtnisnadel qualifizieren.

Frank David Braun, Arlesheim

Herr Levrat scheint tatsächlich von einer Neidkultur getrieben zu sein und verdreht die Tatsachen. Die von den Linken geforderte Lohnbegrenzung führt garantiert nicht zu mehr sozialer Gerechtigkeit und auch nicht zu mehr Umverteilung.

AN UNSERE LESERINNEN UND LESER

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbrief
NZZ-Postfach
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

lung, im Gegenteil: Eine Senkung oder Begrenzung der Löhne in den Direktionsetagen führt zu einer Demotivation der hochqualifizierten Arbeitnehmenden, die sich ihre Führungspositionen mit Fleiss und Know-how langjährig erarbeitet haben. Die Politik der Linken führt zu weniger Steuereinnahmen und weniger Flüssigem für unsere Sozialwerke, denn woher nehmen wir das Geld, wenn kaum jemand mehr es verdienen will, da er keine Anreize mehr hat, mehr zu leisten? Ein Unternehmen definiert selber, wie die Arbeit eines gut und sehr gut bezahlten Arbeitnehmers sein muss. Ein Unternehmen gedeiht nur dann, wenn es frei bestimmen kann, wie eine nachhaltige Personalpolitik und eine «gerechte» Lohnpolitik auszusehen haben. Der Staat hat nichts, aber auch gar nichts in der Lohnpolitik eines privaten Unternehmens zu suchen. Wehret den Anfängen einer Planwirtschaft.

Judith Hechenbichler, Gerlafingen

«Gentechnik-Debatte wiederaufnehmen»

Die Gentechnik-Befürworter in der Landwirtschaft sind auffallend passiv (NZZ 12. 3. 13). Die sehr aktiven Gegner fördern dagegen erfolgreich, bestimmt in guter Absicht, die ablehnende Einstellung der Bevölkerung gegenüber Gentechnik in der Agronomie. Sie nützen die bei uns verbreitete Wissenschafts- und Technologiefeindlichkeit mit der romantischen Idealisierung der Natürlichkeit aus und weisen auf bestimmte hypothetische Risiken und negative wirtschaftliche und soziale Aspekte der Vermarktung von Gen-Saatgut hin. Von der Genfood-Ablehnung profitieren insbesondere die Produzenten und Anbieter gentechnikfreier Lebensmittel. Die Schweiz als Forschungsplatz leidet jedoch darunter, und die ungünstigen Konsequenzen können langfristig und irreversibel sein. Wir alle müssen im Auge behalten, dass der technisch-wissenschaftliche Fortschritt hierzulande gebremst werden kann, weltweit jedoch nicht.

Andreas Petrin, Dietikon

Hayeks klare Worte verdienen Respekt

Bei der Lektüre der Berichterstattung «Swatch rapportiert in Mundart» (NZZ 7. 3. 13) reibt man sich die Augen: Offenbar sind die klaren Worte von Nick Hayek, seine Forderung nach einer neuen Geisteshaltung in der Industriepolitik, sein Plädoyer für den Produktionsstandort Schweiz, seine Kritik am Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, der bewusst gewählte Standort für die Bilanzmedienkonferenz in einer neuen Fabrikhalle in Grenchen kaum oder nicht der Rede wert und die als «positiv verstandene Provokation» eines Geschäftsberichts in Schweizerdeutsch für die NZZ bloss süffisant «wunderliche Blüten». Nick Hayek spricht – wie sein Vater – Klartext und erbringt als kreativer Wirtschaftskapitän mit der Swatch Group Jahr für Jahr den Tatbeweis eines erfolgreichen Unternehmers. Solche Leader, die sich mit Herzblut mit der Schweiz und ihren Werten identifizieren, sind Mangelware. Sie verdienen Respekt – und gehört zu werden.

Laurent F. Carrel, Biel

Wie weiter mit dem Buch?

Zu Manfred Schneiders Artikel «Bücherschicksale – vom Buchenholz zum E-Book» (NZZ 12. 3. 13) sei Folgendes angemerkt. Das gedruckte Buch wird sich nicht dadurch retten lassen, dass man E-Book-Benutzern mantrahaft seine tatsächlichen oder vermeintlichen Vorteile herunterleiert. Denn zum einen wird der Markt entscheiden und nicht die Gemeinde der Nostalgiker, und zum anderen ist der Entscheid, welches Medium man bevorzugt, ein subjektiver.

Kurz und gut: Mit dem Ende des gedruckten Buches muss gerechnet werden. Andererseits, so wage ich die Prognose, werde ich wohl noch die Renaissance einiger Gegenstände erleben dürfen, die temporär der technologischen Entwicklung zum Opfer gefallen sind,

«Trau, schau, wem»

Datenbasierte Analysen, Medien und Transparenz in der Politik. Von Daniel Schwarz und Jan Fivaz

Zu Recht werden ein sorgsamer Umgang mit politischen Ratings und eine sachgerechte Interpretation und Einbettung von datenbasierten Analysen in den politischen Kontext gefordert. Die in einem Gastbeitrag in der NZZ (7. 3. 13) gestellte Diagnose einer «problematischen Transparenz- und Technologiegläubigkeit» sowie methodischer Unzulänglichkeiten bei den Rating-Erstellern greift allerdings zu kurz. Kritisiert wurde konkret eine Auswertung, welche die Antworten der Nationalratsmitglieder im Smartvote-Fragebogen mit ihrem tatsächlichen Stimmverhalten im Parlament verglichen hat und von «20 Minuten» sehr offensiv – und aus unserer Sicht inhaltlich falsch – als «Ehrlichkeitsrating» vermarktet wurde. Wir hatten auf die Titelgebung und die Ausgestaltung des Artikels keinerlei Einfluss. Zum Rating gehörten allerdings auch eine Serie von Interviews mit betroffenen Parlamentsmitgliedern sowie ein langes Gespräch mit dem für die Auswertung verantwortlichen Politologen. Darin wurde ausführlich dargelegt, was bei der Interpretation des Ratings zu berücksichtigen ist, wo die Schwächen und methodischen Grenzen des Ratings liegen und warum Politiker, die im Vergleich die oberen Ränge belegen, nicht als bessere Parlamentarier betrachtet werden dürfen. Die angemahnte Einbettung und Interpretation wurde also sehr wohl geliefert, und wer das Interview liest, findet darin auch keinerlei Transparenz- und Technologiegläubigkeit.

Auch wir sind der Meinung, dass methodische Hinweise und die Einbettung in den Kontext häufig zu kurz kommen. Der «20 Minuten»-Artikel ist beileibe kein Einzelfall, was eine Auswahl an Medienberichten der letzten Monate zeigt: die sogenannte «Schwänzer-Liste» der Nationalräte mit den meisten Abwesenheiten, ein Bericht zur Budgetdebatte mit der Bildbeschriftung «So sieht die ausgabenfreudigste Parlamentarierin aus» oder ein Beitrag zur gescheiterten Finanzierung der Gripen-Beschaffung, der drei «schuldige» Ständeräte identifiziert.

Transparenz darf keinesfalls zum reinen Selbstzweck verkommen. Mehr Transparenz rechtfertigt sich nur, wenn sich daraus zum einen verbesserte Möglichkeiten zur demokratischen Kontrolle der Politik ableiten lassen und zum anderen ein Beitrag zu einer umfassend informierten Öffentlichkeit geleistet wird. Die erste Bedingung wird weitgehend erfüllt: Die neu geschaffene Transparenz begrenzt die Möglichkeit willkürlicher Entscheidungen und zwingt die Politik, über ihr Verhalten der Öffentlichkeit gegenüber verstärkt Rechenschaft abzulegen.

Schlechter steht es um die Erfüllung der zweiten Bedingung. Zwar war die Politik für die breite Bevölkerung noch nie so zugänglich wie heute. Informationen sind fast unbeschränkt verfügbar. Ein deutliches Verbesserungspotenzial besteht aber bei der Aufbereitung und Interpretation dieser Informationen. So wird die Transparenz – wie beschrieben – oft zur Skandalisierung missbraucht. Die Veröffentlichung von Fehlinterpretationen und verkürzten Darstellungen wird nicht als peinlicher Fehler betrachtet, sondern als bewusste Strategie zur Unterhaltung der Leserschaft eingesetzt. Das Phänomen ist grundsätzlich nicht neu, wird durch die erhöhte Transparenz aber zusätzlich befeuert.

Eine verbesserte Transparenz bringt schliesslich noch eine weitere Herausforderung mit sich: nämlich die Gefahr, den bereits etablierten Akteuren in die Hände zu spielen. Lobbygruppen und Parteiteilungen fällt es heute leichter, bei Abwechslern die Daumenschrauben anzusetzen. Die unerwünschten Folgen sind ein weniger freies Stimmverhalten sowie mehr Sand im Getriebe unserer stark konsens- und kompromissgeprägten Demokratie.

Wer trägt die Verantwortung für den Umgang mit Ratings und datenbasierten Auswertungen? Zunächst sind da sicher diejenigen zu nennen, welche Daten auswerten und sie den Medien zur Verfügung stellen. Die methodisch korrekte Umsetzung und die sachgerechte Interpretation der Resultate bilden die unerlässliche Basis. Auch könnte man sich bei der medialen Weiterverbreitung stärker am geflügelten Wort «Trau, schau, wem» orientieren. Doch angesichts der heutigen Medienrealität macht man es sich zu einfach, wenn bei Fehlern mit dem Finger allein auf die Datenanalysten gezeigt wird. Die Forderung nach einer sachgerechten Einbettung von Informationen in den politischen Kontext muss in erster Linie an die Medien gerichtet werden. Es bedarf ihrer Unterstützung. Nur sie können den dazu notwendigen Platz in den Berichten zur Verfügung stellen.

Daniel Schwarz und Jan Fivaz sind Politikwissenschaftler, Mitbegründer der Online-Wahlhilfe Smartvote sowie der Parlamentsbeobachtungsplattform Smartmonitor.

eben zum Beispiel das gedruckte Buch. Dieses hat nach meinem Empfinden gegenüber elektronischen Datenträgern einen entscheidenden Vorteil, auf den ich nur sehr ungern verzichten möchte: Während mir die Software in E-Book-Readern genau vorschreibt, was ich zu tun habe, um lesen zu können, habe ich auf das traditionelle Buch unmittelbaren und autonomen Zugriff. Um es auf Seite sowieso aufschlagen zu können, benötige ich lediglich mein eigenes zentrales Nervensystem, das den Entscheid fällt und

die Impulse an die zum Aufschlagen der Seite notwendigen Muskeln sendet. Diese haptische Unmittelbarkeit macht die externe Steuerungsinstanz überflüssig, welche meinen Willen erst in systemkonforme Befehle übersetzen muss.

So bleibt denn für mich auch der leistungsfähigste und benutzerfreundlichste E-Book-Reader immer nur eine mehr oder weniger gute Emulation einer Wirklichkeit, die mir nur im gedruckten Buch unmittelbar begegnet.

Martin Spinnler, Zürich